

Pressespiegel Öxit

DER STANDARD, NORA LAUFER, 15. November 2016, 14:44

Studie: Öxit würde Wirtschaft enorm schaden

Die Studie sieht eine nachhaltige Belastung. Laut Wirtschaftskammerchef Leitl sind bis zu 150.000 Jobs in Gefahr

Wien – Die Wirtschaftskammer Österreich hat am Dienstag eine Studie über die möglichen Folgen eines Austritts Österreichs aus der EU vorgestellt. Da sich alle Regierungsparteien gegen einen Öxit ausgesprochen hätten, sei die Veröffentlichung keine Wahlempfehlung – sehr wohl stehe das Veröffentlichungsdatum aber im Zusammenhang mit der am Dienstag erneut startenden Anti-Öxit-Kampagne des Unternehmers Hans Peter Haselsteiner.

"Die Renditen der EU-Mitgliedschaft sind für Österreich phänomenal", lautet die Conclusio der Studie des ehemaligen IHS-Chefs Christian Keuschnigg im Auftrag der WKO. Eine Sora-Umfrage gab der Wirtschaftskammer Anlass zu einem Gedankenexperiment: Demnach befürwortet jeder vierte Österreicher einen EU-Austritt. Mit der Studie wolle man "klar nachprüfbare Fakten auf den Tisch legen, statt mit Emotionen zu spielen", sagt WKO-Präsident Christoph Leitl. Jene, die einen Öxit befürworten, sollen durch die Ergebnisse "zum Nachdenken angeregt werden".

EU-Binnenhandel treibt Innovation an

Laut der Studie würde der EU-Austritt die österreichische Wirtschaft erheblich schwächen. Allen voran profitiere Österreich vom Abbau der Handelsbarrieren innerhalb der EU. Vor allem Klein- und Mittelunternehmen würden erneute Zölle und Steuern teuer kommen, da die Fixkosten beim Marktzutritt für einzelne Länder hoch sind. Seit dem EU-Beitritt Österreichs habe die Gesamtexportrate real um rund 154 Prozent zugenommen, jene innerhalb der EU um 224 Prozent.

Der beiderseitige Marktzugang fördere den Wettbewerb und treibe Innovation voran. Die daraus folgende Spezialisierung mache Österreich konkurrenzfähiger, so Keuschnigg. Außerdem führen die Einsparungen bei den Importen zu einer Preissenkung, was wiederum die Reallöhne wie auch die Nachfrage stärkt. Keuschnigg veranschlagt für diese Einkommensgewinne rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Auch ausländische Firmen würden in Österreich nach einem Öxit weniger investieren. Die EU-Mitgliedschaft ist laut der Studie ausschlaggebend für rund 28 Prozent der Investitionen. Ausländische Tochterfirmen machen in Österreich zwar nur 3,2 Prozent aller Unternehmen aus, stellen jedoch ein Fünftel der Beschäftigten und erwirtschaften rund ein Drittel der Umsatzerlöse. Außerdem sind ausländische Betriebe für die Hälfte der industriellen Forschung und Entwicklung verantwortlich.

Freier Personenverkehr gefährdet

Der Wirtschaftsprofessor argumentiert, dass vor allem der freie Personenverkehr ein wichtiger Pfeiler der EU sei. Nicht nur die Reisetätigkeit von Privatpersonen sei uneingeschränkt möglich, auch durch Studienaustauschprogramme werde Innovation angetrieben. Außerdem seien Zuwanderer aus dem EU-Raum durchschnittlich höher qualifiziert als Österreicher.

Österreich steuerte 2014 brutto rund 2,9 Milliarden Euro zum EU-Haushalt bei. Dieser Betrag wird in der Studie mit den Zahlungen der Union gegengerechnet: Werden Einnahmen durch Programme zur Förderung der Landwirtschaft sowie Ausgaben für Strukturpolitik und Verwaltung abgezogen, bleibt ein Nettobetrag von 1,24 Milliarden Euro, was in etwa 0,4 Prozent des BIPs entspricht. Keuschnigg betont, dass der Einkommensgewinn durch die EU-Mitgliedschaft vor allem durch Direktinvestitionen und Innovation angetrieben wird und für 7,2 Prozent des österreichischen BIPs verantwortlich ist. Das entspricht dem 19-Fachen der Nettobeitragszahlungen.

Zurück zum Schilling

Durch den EU-Austritt würde Österreich auf den Status eines Drittlands zurückfallen, was zu Einkommensverlusten von mehr als sieben Prozent des BIPs führen würde. Durch einen erneuten Beitritt zu Efta (Europäische Freihandelsassoziation) oder EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) könnte der Effekt jedoch um ein bis zwei Prozent abgefedert werden. Außerdem bedeute ein Öxit einen zwingenden Austritt aus der Währungsunion. Die Studie geht davon aus, dass Österreich den Schilling wieder an die Leitwährung seines Haupthandelspartners Deutschland binden würden – und damit an den Euro. Das würde nicht zu Autonomiegewinn führen.

Leitl betont, dass 100.000 bis 150.000 Arbeitsplätze in Österreich durch einen Öxit gefährdet wären. Großbritannien habe unverantwortlich gehandelt und erlebe durch die Abwertung des Pfund schon jetzt die Konsequenzen des EU-Austritts. "Es darf kein Trittbrettfahrerverhalten geben und keine Anreize, die Union zu verlassen", so der WKO-Präsident. Die EU-Staaten müssten daher exklusive Rechte genießen, die ausgetretenen Ländern vorenthalten bleiben. (Nora Laufer, 15.11.2016)

<http://derstandard.at/2000047592435/WKO-Studie-Oexit-wuerde-Wirtschaft-nachhaltig-schwaechen>

15.11.2016 | 18:23 | von Karl Gaulhofer (Die Presse)

Was wäre wenn? Die fatalen Folgen eines Öxit

Ein Austritt Österreichs aus der EU und eine Rückkehr zum Schilling wären ein gewaltiges Verlustgeschäft, rechnet Ex-IHS-Chef Keuschnigg vor.

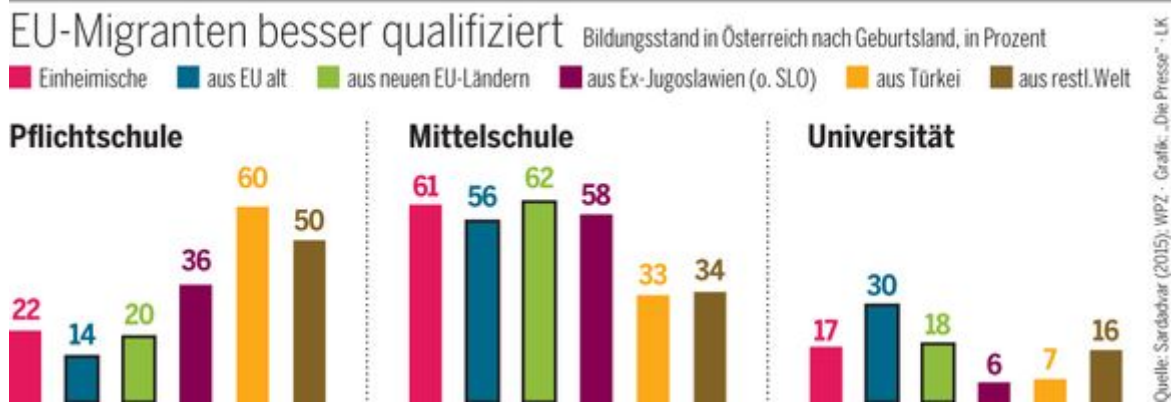
Wien. Die FPÖ-Granden liebäugeln immer wieder damit: einem Austritt Österreichs aus der Europäischen Union. Er würde zwangsläufig auch den Ausstieg aus dem Euro bedeuten. Der frühere IHS-Chef Christian Keuschnigg, heute Professor in St. Gallen und Leiter des WPZ (Wirtschaftspolitisches Zentrum), hat mit dem nüchternen Blick des Ökonomen die Folgen einer solchen Entscheidung durchgespielt. Was gar nicht so schwer ist. Denn wie sich der EU-Beitritt Österreichs von 1995 bis heute ausgewirkt hat, ist in vielen Studien gut belegt. Diese Effekte würden bei einem harten Öxit, bei dem der Aussteiger den Zugang zum Binnenmarkt verliert, vollständig rückabgewickelt.

Zwar könnte sich der Staat die Nettobeitragszahlungen nach Brüssel sparen. Sie machen mit 1,24 Mrd. Euro jährlich knapp 0,4 Prozent des BIPs aus. Dem steht aber gegenüber, wie die Mitgliedschaft die wirtschaftliche Entwicklung befeuert hat: In den Jahren nach dem Beitritt fiel das Wachstum im Schnitt um 0,5 Prozenpunkte höher aus (am Anfang mehr, später weniger). Damit hat das Land heute ein Wohlstandsniveau, das dauerhaft um 7,2 Prozent des BIPs höher ausfällt, als hätte es auf den Beitritt verzichtet. Das ist das 19-Fache des Nettobeitrags. Anders gesagt: Die Investition verzinst sich mit 1900 Prozent – eine phänomenale Rendite, wie Keuschnigg betont. Das würde sich bei einem Öxit in einem langsamen Anpassungsprozess umkehren – bis Österreich am Ende deutlich ärmer, weniger produktiv und mit weit mehr Arbeitslosen dastünde.

Weniger Autonomie bei Efta-Variante

Wie kommt es aber zur hohen Rendite? Durch den Binnenmarkt fallen Zölle und Handelsbarrieren weg, wie gesonderte Genehmigungen, Sicherheitsvorschriften und Kennzeichnungspflichten. So haben auch kleinere Unternehmen die Chance, neue Märkte zu betreten. Bei Importwaren sinken die Preise (das Preisniveau wäre heute ohne EU-Mitgliedschaft nach Modellrechnungen um bis zu zwei Prozent höher). Das stärkt die Kaufkraft und löst zusätzliche Nachfrage aus.

Viel wichtiger sind aber dynamische Effekte: Der Schwerpunkt verlagert sich zu den Exporteuren, für deren hoch spezialisiertes Angebot der Heimmarkt viel zu klein wäre. Ihre Unternehmen sind im Vergleich zur Binnenwirtschaft um zwei Drittel produktiver, sie investieren um 77 Prozent mehr und zahlen um 23 Prozent höhere Löhne. Dazu kommen Töchter multinationaler Konzerne, die besonders forschungsintensiv sind. Der kleine Inlandsmarkt ist für sie kaum interessant. Sie kommen aus anderen Gründen – und gehen, wenn der Zugang zum Binnenmarkt wegfällt.



Geringer wäre der Schaden, wenn Österreich ersatzweise der Efta beiträgt und sich so den Zugang zum Binnenmarkt bewahrt. Aber auch dann wäre mit einem Verlust von ein bis zwei Prozentpunkten des BIPs zu rechnen. Wie im Fall Großbritanniens gilt: Beiträge wären trotzdem weiter zu zahlen. Der Abtrünnige verliert jedes Mitspracherecht, muss in dieser Variante aber alte und neue Regeln befolgen. Wie den freien Personenverkehr: Auf ihn kann zumindest die Eurozone nicht verzichten – die Währungsunion braucht ihn, um sich an unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen ihrer Mitglieder anzupassen. Ähnlich stünde es um die Geldpolitik: Österreich wäre gezwungen, den Euro aufzugeben und zum Schilling zurückzukehren. Zu großen Verwerfungen durch Auf- oder Abwertungen müsste das gar nicht führen, weil die Ungleichgewichte gegenüber dem Schnitt der Eurozone aktuell gering sind. Aber wie sähe eine autonome Geldpolitik aus? Die Nationalbank könnte sich nur am bei Weitem größten Handelspartner Eurozone orientieren. Wie früher bei der Bindung an die D-Mark müsste sie jedes Inflationsziel und jede Leitzinsänderung übernehmen, ohne sie mitbestimmen zu können. Und solange die Investoren der Stabilität der neuen Währung nicht voll vertrauen, wären auch die Risikoaufschläge für Schulden höher.

Der einzige Vorteil eines harten Öxit: Österreich könnte einen Teil der Zuwanderung wieder eigenständig steuern. Aber wäre mit einem Stopp der Personenfreizügigkeit etwas gewonnen? Im Gegenteil, argumentiert Keuschnigg. Denn wer aus anderen EU-Staaten kommt, ist im Schnitt besser ausgebildet als die Österreicher selbst – bei Bürgern aus den alten EU-Staaten deutlich, bei solchen aus Osteuropa leicht (siehe Grafik). Was zwangsläufig bedeuten würde, dass sie in Summe positiv für den Arbeitsmarkt sind. Wenn es im Niedriglohnbereich Verdrängung gibt, sind davon meist schlechter Qualifizierte aus Drittstaaten betroffen. Sicher gehören auch einige Einheimische zu den Verlierern. Aber dem steht – schwer quantifizierbar – gegenüber, was die vielen hoch Qualifizierten aus allen EU-Staaten der heimischen Volkswirtschaft bringen. Auch mehr Jobs. Die dann auf dem Spiel stehen, wenn Österreich die Grenzbalken wieder hochzieht.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 16.11.2016)

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5118763/Was-waere-wenn-Die-fatalen-Folgen-eines-Oxit>

Leitl warnt: "Öxit" könnte 150.000 Jobs vernichten

Wie der Industrielle Hans Peter Haselsteiner warnt auch Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl vor einem Öxit. Eine Anti-Hofer-Kampagne sei das allerdings nicht, sagt er.

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (ÖVP) hat - untermauert mit einer Analyse des Wirtschaftspolitischen Zentrums (WPZ) - vehement vor einem "Öxit", also einem Austritt Österreichs aus der EU, gewarnt. Dass es sich bei der Studie um eine Wahlempfehlung handle wie bei der Anti-Öxit-Kampagne des Industriellen Hans Peter Haselsteiner gegen den FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer, schloss Leitl aus.

Das zeitliche Zusammenfallen mit der [Wiederaufnahme der Haselsteiner-Kampagne](#) am heutigen Dienstag und der Präsentation der WPZ-Studie, in der die Vorteile der Mitgliedschaft als sehr deutlich überwiegend analysiert werden, sei Zufall. "Herr Haselsteiner argumentiert auf der politischen Ebene. Wir sind auf der Ebene der ökonomischen Fakten." Die eingehende Analyse von WPZ-Chef Christian Keuschnigg, der diese bei der Pressekonferenz am Dienstag in Wien auch präsentierte, solle zum nachdenken anregen. "Dann bitte bildet sich jeder sein Urteil. Wir brauchen weder Wahlempfehlungen noch könnten wir das tun."

In der Wirtschaftskammer fänden sich schließlich grüne und freiheitliche Vertreter. Leitl vertrete alle miteinander, "so dass es mir gar nicht möglich ist, eine Wahlempfehlung abzugeben". Aber: "Gerade jetzt nach dem Trump-Sieg (bei den US-Präsidentenwahlen, Anm.) müssen wir uns um die Position Europas und damit Österreichs ernsthaft Gedanken machen." Besorgt zeigte sich der WKÖ-Präsident weil laut einer weiteren Studie (ORF/Sora) 28 Prozent der jüngeren Österreicher aus der EU austreten wollten. Die Politik setze sich immer auf Themen, die es in der Bevölkerung gebe. Daher will Leitl lieber mit den Austrittswilligen in Kontakt treten, um sie von der Union zu überzeugen, als eine Wahlempfehlung abzugeben.

Es gehe um eine Weiterentwicklung Europas, so Leitl. Damit argumentierte auch Keuschnigg: "Außerhalb der EU hat man weniger Einfluss als innerhalb. Das ist kein Gewinn von Autonomie - im Gegenteil", so der Ökonom. "Die Mitgliedschaft ist extrem wichtig für die Entwicklung der heimischen Wirtschaft", so der Ökonom mit Verweis auf die vielen Hidden Champions im Land die höchste Exportraten haben.

Ein Sukkus der WPZ-Analyse des früheren IHS-Chefs ist, dass man bei einem EU-Austritt schlicht nicht mehr mitbestimmen könne. Vor allem würde ein Öxit aber einen Umkehr der vielen Vorteile bedeuten, die Österreich dank der Mitgliedschaft habe, warnte Keuschnigg. Ein Öxit bedeute auch einen Austritt aus der Eurozone. Dem Euro als Leitwährung würde sich Österreich aber erst wieder indirekt anschließen müssen. "Dann würde man die Geldpolitik einfach passiv nachvollziehen." Leitl: „Österreich könnte bei einem EU-Austritt bis zu 150.000 Arbeitsplätze verlieren. Ein Öxit wäre ein schwerer Rückschlag für den Standort, er würde zu geringeren Lohnsteigerungen führen und einen Einkommensverlust von 7 Prozent des BIP bedeuten."

Der langfristige Einkommensgewinn dürfte der Studie zufolge jedenfalls sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Dem gegenüber stehen Nettobeitragszahlungen von knapp 0,4 Prozent, so Keuschnigg. Ein Austritt sei mit Kosten verbunden, denn die Teilnahme am Binnenmarkt würde man - wie etwa die Schweiz oder Norwegen - nicht gratis bekommen.

Die Direktinvestitionen ausländischer Konzerne in Österreich und österreichischer Firmen in der EU haben der Analyse zufolge stark zugenommen. Mit 566.000 Beschäftigten stellen ausländische Unternehmen in Österreich - Leitl hob etwa Siemens und Infineon hervor - ein Fünftel der Beschäftigten, ein Drittel der Umsatzerlöse und rund ein Viertel der Wertschöpfung. Dazu komme die Hälfte der industriellen F&E-Tätigkeiten von Töchtern internationaler Konzerne in Österreich.

Ohne EU um sieben Prozent ärmer

"Selbst bei einer egoistischen und rein nationalen Sichtweise hat die EU Österreich eine phänomenale Rendite gebracht. Den Nettozahlungen von 0,4 Prozent des BIP steht ein langjähriger Wohlstandsgewinn von 7 Prozent, also des 19-fachen gegenüber. Anders gesagt: Ohne EU-Beitritt wären wir heute um 7 Prozent ärmer, wäre die österreichische Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Durchschnitt jedes Jahr um 0,5 Prozent weniger gewachsen, als dies der Fall war", sagte Keuschnigg.

Statistische Effekte aus dem Zugang zum Binnenmarkt bezifferte Keuschnigg mit rund zwei Prozent des BIP - das Fünffache der Nettobeiträge an die EU. Dies dank regulatorischer Harmonisierungen, die Kosteneinsparungen im Handel ermöglichten und die Exporte und die einhergehende Wertschöpfung steigerten. Umgekehrt führten Einsparungen bei Importen zu Preissenkungen und würden die Realeinkommen stärken. Das bringe wieder zusätzliche Nachfrage. Da der beiderseitige Marktzugang dank der Mitgliedschaft leichter sei, verschärfe sich der Wettbewerb, was die genannten Effekte wieder verstärke.

Die EU-Personenfreizügigkeit Sorge wiederum für qualifizierte Zuwanderung sowohl aus den alten als auch aus den neuen EU-Staaten im Osten, so Keuschnigg. Die Quoten an Zuwanderern mit Sekundar- und Tertiärabschluss liege über dem Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung.

(APA)

[http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5118506/Leitl-warnt Oxit-konnte-150000-Jobs-vernichten?direct=5118763& vl backlink=/home/wirtschaft/economist/5118763/index.do&selChannel=](http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5118506/Leitl-warnt-Oxit-konnte-150000-Jobs-vernichten?direct=5118763&vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/5118763/index.do&selChannel=)

Der Kurier, Anita Staudacher, 15.11.2016, 18:00

Wie schlimm ein "Öxit" wirklich wäre

Studie: Austritt aus EU und Eurozone würde Wirtschaft hart treffen. Rückkehr zu EWR und EFTA dämpft Effekte.

Was wäre, wenn es die EU nicht gäbe? Die Wirtschaftskammer (WKO) will der wachsenden EU-Skepsis im Land mit Fakten begegnen und bestellte eine Studie beim ehemaligen IHS-Chef Christian Keuschnigg, Ökonom an der Uni St. Gallen.

Keuschnigg stellte die Vor- und Nachteile des EU-Beitritts für den Standort Österreich gegenüber und kam zu einem eindeutigen Ergebnis: Aus rein volkswirtschaftlicher Sicht wäre ein EU-Austritt ("Öxit") ein Defizitgeschäft. Er würde die positiven Wachstumseffekte der Mitgliedschaft wieder umkehren und zu einem längerfristigen Rückgang der Wirtschaftsleistung (BIP) von rund sieben Prozent führen. Ersparen könnte sich Österreich die jährlichen EU-Nettozahlungen, die zuletzt etwa 0,38 Prozent des BIP ausmachten. "Sieht man die EU-Mitgliedschaft Österreichs als Investition rein im nationalen Interesse, dann ist die Rendite phänomenal", sagt Keuschnigg. Ein Öxit träge vor allem folgende Bereiche:

Außenhandel

Der Wegfall von Handelsbarrieren im EU-Binnenmarkt kurbelte die Exporte in die EU, dem wichtigsten aller Exportmärkte, um 124 Prozent an. Ein Öxit würde den Außenhandel bremsen, speziell bei Klein- und Mittelbetrieben. Sinkende Exporte bedeuten weniger Produktion, Wachstum und Beschäftigung. WKO-Boss Christoph Leitl fürchtet um bis zu 150.000 Arbeitsplätze in zehn Jahren. Umgekehrt könnte Österreich aber auch mit Zöllen heimische Produktion vor Billigimporten schützen.

Investitionen

Der Beitritt führte zu erhöhten Direktinvestitionen ausländischer Konzerne in Österreich. "Ihr Ziel ist es, von Österreich aus den EU-Markt zu beliefern", so Keuschnigg. Auf multinationale Konzerne entfällt mehr als ein Viertel der Wertschöpfung und die Hälfte der industriellen Forschung. Bei einem Öxit könnten Betriebe abwandern.

Arbeitsmarkt

Die EU-Personenfreizügigkeit hat Vor- und Nachteile für Österreich. "Ein sensibles Thema", meint Keuschnigg, "weil die Auswirkungen zentral von den Qualifikationen der Zuwanderer abhängen". Kontrollierte Zuwanderung könnte sich aus diesem Aspekt positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken. In Österreich seien die Arbeitskräfte aus den neuen und alten EU-Staaten aber überwiegend gut qualifiziert. Auf Verdrängungseffekte im Niedriglohnsektor und die steigende Arbeitslosigkeit ging die Studie nicht konkret ein.

Euro

Öxit bedeutet auch Austritt aus der Eurozone und eigenständige Wechselkurs- und Zinspolitik. Für den Ökonomen wären die Folgen ob der geringen Ungleichgewichte "überschaubar, aber negativ". Die Notenbank müsste den Kurs der EZB passiv mittragen. Für die Eurozone hätte ein Öxit unabsehbare Folgen bis hin zu einer neuen Finanzkrise.



Foto: APA/EPA/ROLAND SCHLAGER

Die Öxit-Verluste fielen deutlich geringen aus, wenn Österreich der Freihandelszonen EFTA und EWR beitreten würde und somit Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte. Die Wirtschaftsleistung dürfte dann längerfristig nur um ein bis zwei Prozent sinken. "Außerhalb der EU hat man weniger Einfluss als innerhalb. Das ist kein Gewinn von Autonomie – im Gegenteil", meint Keuschnigg, der wenig Entgegenkommen der EU bei etwaigen Austrittsverhandlungen erwartet.

Während Leitl vehement vor einem Öxit warnt, fällt die Conclusio der 30-seitigen Studie überraschend unaufgeregt aus: "Auch nach einem EU-Austritt kann Österreich ein reiches Land bleiben. Doch der Gegenwind wäre stärker und vieles wäre schwieriger."

(kurier) Erstellt am 15.11.2016, 18:00

<https://kurier.at/wirtschaft/wie-schlimm-ein-oexit-wirklich-waere/230.848.071>

Flüssiger als Wasser

Von Reinhard Göweil

Interessanterweise hat der Wahlsieg von Donald Trump vor allem rechtspopulistische Politiker in Europa dazu animiert, immer aggressiver gegen demokratische und internationale Institutionen vorzugehen. Sie nennen dies "verfilztes Establishment". Nun hat der in St. Gallen lehrende, konservative, aber faktenreiche Ökonom Christian Keuschnigg eine Studie über den Öxit gemacht, also den Austritt Österreichs aus der EU.

Das Ergebnis wäre desaströs, mit einem relativ leicht zu begreifenden Faktum: Österreich hängt als kleineres, aber tüchtiges Land vom Export ab. Die im Export tätigen Unternehmen zahlen deutlich besser als reine "Binnen-Unternehmen", forschen mehr und profitieren vom Schutzschild EU. Österreich müsste, auf sich allein gestellt, mit allen anderen (auch EU-) Ländern Handelsabkommen schließen. Die wären deutlich schlechter als die Abkommen der EU.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass die britische Regierung keine Ahnung hat, wie sie den Brexit umsetzen soll. Von einer Verschiebung des Austritts-Zeitraums ist bereits die Rede.

Und Trump? Als Präsident der Vereinigten Staaten wird er vor die Wahl gestellt sein, sich für die EU (dann 460 Millionen Einwohner) oder ein von den Schotten angeknabbertes Vereinigtes Königreich (maximal 60 Millionen Einwohner) zu entscheiden. Er kann im Trump-Tower eine WG mit Nigel Farage gründen, aber entscheiden wird er sich für die EU - und die US-Industrie wird die Argumente liefern.

Ärgerlich ist in diesem Zusammenhang nicht so sehr die unbestreitbare Reform-Notwendigkeit der Europäischen Union als vielmehr deren Zaudern und Zögern.

Die Keuschnigg-Studie und die Planlosigkeit der britischen Regierung ergeben zusammen ein sehr klares Bild: Europa ohne die EU wäre arm dran. Es wäre dem russischen Machtstreben, dem chinesischen Expansionsdrang und dem amerikanischen Dollar hilflos ausgesetzt.

Wenn sich Konzerne nicht mehr in Österreich ansiedeln, weil das Land nicht mehr der EU angehört (für 28 Prozent der Firmen-Ansiedlungen der entscheidende Faktor, errechnete Keuschnigg), wer wird dann einkaufen und zum Friseur gehen?

Die EU hat einiges zu tun, und ein Teil ihres Spitzenpersonals ist unfähig, richtig. Aber ohne Institution EU ist Österreich in der Welt flüssiger als Wasser: überflüssig, Traurig, aber wahr.

http://www.wienerzeitung.at/meinungen/leitartikel/856428_Fluessiger-als-Wasser.html

Leitl sieht bei Öxit bis zu 150.000 Jobs in Gefahr

Für Mitterlehner ist Brexit nach Trump-Sieg zum Teil auch positiv: "Könnte Einheit, Selbständigkeit und Stärke Europas erhöhen."

Wien. (apa/kle) Vizekanzler Reinhold Mitterlehner kann Großbritanniens EU-Austritt angesichts des Wahlsiegs von Donald Trump in den USA trotz Nachteilen auch Positives abgewinnen. "Das Vereinigte Königreich war immer eine Bastion Amerikas in Europa, sein Sprachrohr in der Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das fällt künftig weg und könnte deshalb die Einheit, Selbständigkeit und Stärke Europas erhöhen", sagte Mitterlehner der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Trumps Ankündigungen seien ein Grund für Europa, zusammenzurücken. "Amerika war in der Wirtschaftspolitik und an den Finanzmärkten immer die Lokomotive, wir sind hinterhergedampft. Das kann sich Europa nicht länger erlauben, wenn Trump seine protektionistischen Ankündigungen wahr macht", so der ÖVP-Politiker im Interview.

Christoph Leitl, Chef der Wirtschaftskammer (WKÖ), warnt unterdessen vor einem Öxit, einem Austritt Österreichs aus der EU, den Populisten zuletzt immer wieder ins Spiel gebracht haben. Bei einem Öxit könnten laut Leitl bis zu 150.000 Arbeitsplätze verloren gehen. "Ein Öxit wäre ein schwerer Rückschlag für den Standort, er würde zu geringeren Lohnsteigerungen führen", so der WKO-Boss am Dienstag in einer Pressekonferenz.

Leitl präsentierte dabei zusammen mit dem Ökonomen Christian Keuschnigg eine Studie, die die Kammer beim Wirtschaftspolitischen Zentrum (WPZ) in St. Gallen in Auftrag gegeben hatte. Dass es sich bei der Studie um eine Wahlempfehlung handle wie bei der Anti-Öxit-Kampagne des Industriellen Hans Peter Haselsteiner gegen den FPÖ-Bundespräsidentschaftskandidaten Norbert Hofer, stellte Leitl in Abrede.

Massives Exportplus seit 1995

Keuschnigg, früher Leiter des Instituts für Höhere Studien (IHS), verwies auf Basis seiner WPZ-Analyse, die einen Öxit als ökonomisch höchst gefährlich einstuft, auf den Abbau von Handelsbarrieren, den die EU-Mitgliedschaft gebracht habe. Bei einem Öxit sei mit Zöllen und Bürokratiekosten zu rechnen, die heimische Firmen jetzt nicht hätten. Seit dem EU-Beitritt (1995) hätten Österreichs Gesamtexporte real um 153,8 Prozent zugenommen, jene in die EU um 124 Prozent, gab Keuschnigg in diesem Zusammenhang zu bedenken.

Ein Öxit würde die positiven bisherigen Wachstumseffekte für Österreich jedenfalls wieder umkehren und langfristig zu einem BIP-Verlust von mehr als sieben Prozent führen. Das wäre in etwa jenes Ausmaß, das Keuschnigg als bisher positiven Effekt der EU-Mitgliedschaft mit plus 7,2 Prozent errechnet hat. Dem Verlust stehe ein Maximum an möglichen Einsparungen in Höhe der Netto-Beiträge Wiens an Brüssel von weniger als 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber.

Mehr Auslandsinvestitionen

Der Studie zufolge haben auch die Direktinvestitionen ausländischer Konzerne in Österreich und österreichischer Unternehmen in der EU stark zugenommen. Mit rund 566.000 Beschäftigten stellten ausländische Firmen in Österreich ein Fünftel der unselbständig Erwerbstätigen, ein Drittel der Umsatzerlöse und rund ein Viertel der Wertschöpfung.

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/856442_Leitl-sieht-bei-Oexit-bis-zu-150.000-Jobs-in-Gefahr.html

Freiheitliche Wirtschaft Baron: Vereinnahmung der WKO für Anti-Hofer Kampagne durch Leitl untragbar

Wien (OTS) - Am 15.11 kam es in den Räumlichkeiten der WKÖ zu einem Pressegespräch. „Was würde der Öxit für Österreich bedeuten?“, neben dem Präsidenten der Wirtschaftskammer Dr. Christoph Leitl war auch Univ.-Prof. Dr. Christian Keuschnigg der Universität St. Gallen am Podium.

Der Präsident der Freiheitlichen Wirtschaft – FPÖ Pro Mittelstand LAbg. [Karl Baron](#) stellt fest, dass eine derartige Vereinnahmung der Wirtschaftskammer für parteipolitische Zwecke untragbar ist. Die Wirtschaftskammer muss eine Überparteiliche Vertretung für alle Unternehmer sein und darf nicht zu zum Spielball für verbitterte Anti-FPÖ Verschwörungstheoretiker werden.

Baron hält auch weiter fest, dass sich der Präsidentschaftskandidat [Norbert Hofer](#) in keiner Weise für einen Austritt Österreichs aus der Europäischen Union ausgesprochen hat. Dem Versuch von EU Sektierern kritische Stimmen mundtot zu machen, darf in der Wirtschaftskammer kein Spielraum geboten werden! Ganz im Gegenteil [Norbert Hofer](#) steht für Internationales Ansehen und Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und gegen eine wirtschaftliche Isolation durch die USA.

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161116_OTS0132/freiheitliche-wirtschaft-baron-vereinnahmung-der-wko-fuer-anti-hofer-kampagne-durch-leitl-untragbar

LEITL ZU "ÖXIT": ÖSTERREICH KÖNNTE BIS ZU 150.000 ARBEITSPLÄTZE VERLIEREN

Studie des WPZ zu „Österreich in der EU oder Öxit?“ – 7 Prozent Wohlstandsgewinn durch EU – Professor Keuschnigg: „EU-Rendite für Österreich ist phänomenal“
Wien (pwk) - Nach dem Brexit-Votum in Großbritannien hat die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) beim Wirtschaftspolitischen Zentrum (WPZ) in Wien eine Studie zur Frage „Österreich in der EU oder Öxit?“ in Auftrag gegeben. Inhaltlich geht es darum, die Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft auf den Tisch zu legen und die Folgen eines Austrittsszenarios zu bewerten – „auch dann, wenn derzeit keine im Nationalrat vertretene Parteien einem EU-Austritt das Wort redet“, so WKÖ-Präsident Christoph Leitl. Sehr Besorgnis erregend sei aber zum Beispiel eine aktuelle Sora-Jugendumfrage, wonach die Bereitschaft zu einem EU-Austritt unter Österreichs Jugend mit einer Zustimmungsrate von 28 Prozent deutlich stärker ausgeprägt ist als in anderen Ländern, etwa in Deutschland, wo das nur 11 Prozent wollen. „Diese doch beträchtliche Austrittsbereitschaft darf man nicht verdrängen. Vielmehr muss man mit Fakten jene, die sich einen Austritt vorstellen können, zum Nachdenken bringen – und zwar vorher, nicht nachher wie in Großbritannien, wo die Wirtschaft nach dem Brexit-Votum nun in ein Tal der Tränen läuft.“

„Österreich könnte bei einem EU-Austritt bis zu 150.000 Arbeitsplätze verlieren. Ein Öxit wäre ein schwerer Rückschlag für den Standort, er würde zu geringeren Lohnsteigerungen führen und einen Einkommensverlust von 7 Prozent des BIP bedeuten“, warnt Leitl mit Verweis auf die Ergebnisse der WPZ-Studie. Gemäß der Faustregel, wonach 1 Prozent BIP-Plus Steuereinnahmen von 1,5 Mrd. Euro nach sich zieht, wäre überdies auch ein öffentlicher Einnahmefall von rund 10 Milliarden Euro zu bedecken. Davon abgesehen gingen die Folgen eines Öxit weit über Österreich hinaus, warnt Leitl: „In den USA gilt nach dem Wahlsieg von Donald Trump ‚America first‘, Präsident Erdogan will die Türkei zu einer regionalen Hegemonialmacht ausbauen, Präsident Putin Russland wieder stark machen. Und wir wollen Europa schwächen? Was wir jetzt brauchen, ist eine Stärkung Europas, ist die Weiterentwicklung der Europäischen Union, damit wir angesichts der Herausforderungen in der Welt wieder handlungsfähig sind und die Globalisierung mitgestalten können.“

„Selbst bei einer egoistischen und rein nationalen Sichtweise hat die EU Österreich eine phänomenale Rendite gebracht. Den Nettoszahlen von 0,4 Prozent des BIP steht ein langjähriger Wohlstandsgewinn von 7 Prozent, also des 19-fachen gegenüber. Anders gesagt: Ohne EU-Beitritt wären wir heute um 7 Prozent ärmer, wäre die österreichische Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Durchschnitt jedes Jahr um 0,5 Prozent weniger gewachsen, als dies der Fall war“, betont Professor Christian Keuschnigg vom WPZ. Der EU-Beitritt habe den innovativen Exportunternehmen leichteren Zugang zum großen EU-Binnenmarkt ermöglicht und ihr Wachstum gestärkt. Er habe den Wettbewerb belebt, die Preise reduziert und damit die reale Kaufkraft gestärkt. Und der ungehinderte Zugang zum Binnenmarkt hat Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen begünstigt, die sich seit 1995 fast verfünffacht haben. Keuschnigg: „Multinationale Unternehmen kommen nicht zu uns, weil Österreich so ein riesiger Markt wäre, sondern weil sie andere Standortvorteile nutzen und dann wieder in den EU-Markt und andere Märkte exportieren wollen.“ Für etwa 28 % der Direktinvestitionen sei die EU-Mitgliedschaft ausschlaggebend.

Ausländische Töchter machen in Österreich nur 3,2 % aller Unternehmen aus, stellen jedoch mit 566.000 Personen ein Fünftel der Beschäftigten, erwirtschaften ein Drittel (34,5 %) der Umsatzerlöse und mehr als ein Viertel (26,2 %) der Wertschöpfung.

„Ein Öxit würde die Umkehrung all dessen bedeuten, was die EU Österreich gebracht hat“, warnt Keuschnigg, wobei das Ausmaß der negativen Konsequenzen je nach Szenario unterschiedlich stark ausfallen würde: bei einem „hard Öxit“, also einer Zurückstufung Österreichs als EU-Drittland würde der Einkommensverluste langfristig, d.h. binnen etwa zehn Jahren, den gesamten Wohlstandsgewinn (7 Prozent des BIP) wieder zunichte gemacht werden, bei einer Kooperation etwa im Form eines Europäischen Wirtschaftsraumes würde sich der BIP-Verlust auf 1-2 Prozent des BIP belaufen. Klar sei aber: „Ein Öxit ist unweigerlich mit einem Austritt aus der Eurozone verbunden. Dann würden wir wieder das tun müssen, was wir vor dem Euro getan haben: uns strikt an Deutschland orientieren und etwa die Geldpolitik anderer ‚passiv nachvollziehen‘. Wir hätten de facto nicht an Autonomie gewonnen, sondern verloren.“

Einig waren sich Leitl und Keuschnigg, dass die EU angesichts der bestehenden Herausforderungen und unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten weiterentwickelt werden müsse und Österreich sich hier für eine zukunftsorientierte Europastrategie einsetzen solle. So erfordere eine Währungsunion eine sehr viel tiefere Integration, weshalb die Eurozone den Kern der EU ausmachen und die Integration weiter vorantreiben müsse. Dem gegenüber sollte ein reformierter Europäischer Wirtschaftsraum für jene Mitgliedstaaten stehen, die nur eine wirtschaftliche Integration anstreben.

WKÖ-Präsident Leitl abschließend: „Wann, wenn nicht jetzt muss die Europäische Union sich weiterentwickeln, um den wirtschaftlichen wie politischen Herausforderungen – ob in der Globalisierung oder angesichts der vielen politischen Konflikte in der Welt – begegnen zu können.“

http://www.oe-journal.at/index_up.htm?http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2016/1116/W3/41611ApwkLeitl.htm

Wirtschaftskammer warnt mit WPZ-Analyse vehement vor "Öxit"

15. November 2016 15:01

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl (ÖVP) hat – untermauert mit einer Analyse des Wirtschaftspolitischen Zentrums (WPZ) – vehement vor einem "Öxit" gewarnt. Ökonom Christian Keuschnigg hat auf Basis der Analyse, die den Öxit als ökonomisch höchst gefährlich einstuft, auf den Abbau von Handelsbarrieren, den die EU-Mitgliedschaft gebracht habe, verwiesen.

Bei einem Öxit, also einem Austritt Österreichs aus der EU, sei mit Zöllen und Bürokratiekosten zu rechnen, die österreichische Unternehmen jetzt nicht hätten. Leitl warnte gleichzeitig vor dem Verlust von 150.000 Jobs bei einem Öxit. Seit dem EU-Beitritt haben die österreichischen Gesamtexporte real um 153,8 Prozent zugenommen, jene in die EU um 124 Prozent, sagte Keuschnigg am Dienstag, als er seine von der Wirtschaftskammer (WKÖ) beauftragte Analyse präsentierte.

"Österreich könnte bei einem EU-Austritt bis zu 150.000 Arbeitsplätze verlieren. Ein Öxit wäre ein schwerer Rückschlag für den Standort, er würde zu geringeren Lohnsteigerungen führen", warnte Leitl. Ein Öxit hingegen würde die positiven bisherigen Wachstumseffekte für Österreich wieder umkehren und langfristig zu einem BIP-Verlust von mehr als 7 Prozent führen – also in etwa jener Summe, die Keuschnigg als bisher positiven Effekt der Mitgliedschaft in Höhe von plus 7,2 Prozent errechnet hat. Dem Verlust stehe ein Maximum an möglichen Einsparungen in Höhe der Nettobeiträge Wiens an Brüssel von weniger als 0,4 Prozent des BIP gegenüber.

Die Direktinvestitionen ausländischer Konzerne in Österreich und österreichischer Firmen in der EU haben der Analyse zufolge stark zugenommen. Mit 566.000 Beschäftigten stellen ausländische Unternehmen in Österreich – Leitl hob etwa Siemens und Infineon hervor – ein Fünftel der Beschäftigten, ein Drittel der Umsatzerlöse und rund ein Viertel der Wertschöpfung. Dazu komme die Hälfte der industriellen F&E-Tätigkeiten von Töchtern internationaler Konzerne in Österreich.

Vor allem hob Keuschnigg die dynamischen Effekte hervor. Die EU-Integration lasse nämlich die heimischen Exportunternehmen – von denen es in Österreich ob des kleinen Binnenmarkts besonders viele gebe – expandieren. Die Spezialprodukte vieler Hidden Champions ließen sich hierzulande oft gar nicht anbringen. Auch steigere die EU-Integration die Standortattraktivität Österreichs für Direktinvestitionen.

Statistische Effekte aus dem Zugang zum Binnenmarkt bezifferte Keuschnigg mit rund zwei Prozent des BIP – das Fünffache der Nettobeiträge an die EU. Dies dank regulatorischer Harmonisierungen, die Kosteneinsparungen im Handel ermöglichten und die Exporte und die einhergehende Wertschöpfung steigerten. Umgekehrt führten Einsparungen bei Importen zu Preissenkungen und würden die Realeinkommen stärken. Das bringe wieder zusätzliche

Nachfrage. Da der beiderseitige Marktzugang dank der Mitgliedschaft leichter sei, verschärfe sich der Wettbewerb, was die genannten Effekte wieder verstärke.

Die EU-Personenfreizügigkeit Sorge wiederum für qualifizierte Zuwanderung sowohl aus den alten als auch aus den neuen EU-Staaten im Osten, so Keuschnigg. Die Quoten an Zuwanderern mit Sekundar- und Tertiärabschluss liege über dem Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung.

Leitl gab Öxit-Befürwortern auch zu bedenken, dass ein Austritt Österreichs aus der EU keine Antwort auf die weltweiten Entwicklungen sein könne. Dabei verwies er auf die regionalen Hegemonialmacht-Bestrebungen der Türkei aber auch auf die USA ("America First") und Russland, das Präsident Wladimir Putin stark machen wolle. Daher brauche Österreich die EU, um sich in der Globalisierung behaupten zu können – und die EU gehöre gestärkt. Sonst würde man sich selbst schwächen.

Besorgt zeigte sich der WKÖ-Präsident weil laut einer weiteren Studie (ORF/Sora) 28 Prozent der jüngeren Österreicher aus der EU austreten wollten. Die Politik setze sich immer auf Themen, die es in der Bevölkerung gebe. Daher will Leitl lieber mit den Austrittswilligen in Kontakt treten, um sie von der Union zu überzeugen, als eine Wahlempfehlung abzugeben.

Es gehe um eine Weiterentwicklung Europas, so Leitl. Damit argumentierte auch Keuschnigg: "Außerhalb der EU hat man weniger Einfluss als innerhalb. Das ist kein Gewinn von Autonomie – im Gegenteil", so der Ökonom. "Die Mitgliedschaft ist extrem wichtig für die Entwicklung der heimischen Wirtschaft", so der Ökonom mit Verweis auf die vielen Hidden Champions im Land die höchste Exportraten haben.

Ein Sukkus der WPZ-Analyse des früheren IHS-Chefs ist, dass man bei einem EU-Austritt schlicht nicht mehr mitbestimmen könne. Vor allem würde ein Öxit aber einen Umkehr der vielen Vorteile bedeuten, die Österreich dank der Mitgliedschaft habe, warnte Keuschnigg. Ein Öxit bedeute auch einen Austritt aus der Eurozone. Dem Euro als Leitwährung würde sich Österreich aber erst wieder indirekt anschließen müssen. "Dann würde man die Geldpolitik einfach passiv nachvollziehen."

Der langfristige Einkommensgewinn dürfte der Studie zufolge jedenfalls sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Dem gegenüber stehen Nettobeitragszahlungen von knapp 0,4 Prozent, so Keuschnigg. Ein Austritt sei mit Kosten verbunden, denn die Teilnahme am Binnenmarkt würde man – wie etwa die Schweiz oder Norwegen – nicht gratis bekommen.

(APA)

<http://www.vol.at/wirtschaftskammer-warnt-mit-wpz-analyse-vehement-vor-oexit/apa-1333029132>

Öxit: Österreich könnte bis zu 150.000 Arbeitsplätze verlieren

Deutsche Mittelstands Nachrichten | 18.11.16, 09:09

Laut einer Studie der WKÖ wären die Konsequenzen eines Austritts aus der EU verheerend für Österreich

Nach dem Brexit-Votum in Großbritannien hat die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) beim Wirtschaftspolitischen Zentrum (WPZ) in Wien eine Studie zur Frage „Österreich in der EU oder Öxit?“ in Auftrag gegeben. Inhaltlich geht es darum, die Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft ersichtlich zu machen und die Folgen eines Austrittsszenarios zu bewerten – „auch dann, wenn derzeit keine im Nationalrat vertretene Parteien einem EU-Austritt das Wort redet“, so WKÖ-Präsident Leitl. Sehr besorgniserregend sei aber zum Beispiel eine aktuelle Sora-Jugendumfrage, wonach die Bereitschaft zu einem EU-Austritt unter Österreichs Jugend mit einer Zustimmungsrate von 28 Prozent deutlich stärker ausgeprägt ist als in anderen Ländern – etwa in Deutschland, wo das nur 11 Prozent wollen. „Diese doch beträchtliche Austrittsbereitschaft darf man nicht verdrängen. Vielmehr muss man mit Fakten jene, die sich einen Austritt vorstellen können, zum Nachdenken bringen – und zwar vorher, nicht nachher wie in Großbritannien, wo die Wirtschaft nach dem Brexit-Votum nun in ein Tal der Tränen läuft.“

Öxit wäre ein schwerer Rückschlag für den Standort

„Österreich könnte bei einem EU-Austritt bis zu 150.000 Arbeitsplätze verlieren. Ein Öxit wäre ein schwerer Rückschlag für den Standort, er würde zu geringeren Lohnsteigerungen führen und einen Einkommensverlust von 7 Prozent des BIP bedeuten“, warnt Leitl mit Verweis auf die Ergebnisse der WPZ-Studie. Gemäß der Faustregel, wonach 1 Prozent BIP-Plus Steuereinnahmen von 1,5 Milliarden Euro nach sich zieht, wäre überdies auch ein öffentlicher Einnahmefall von rund 10 Milliarden Euro zu bedecken. Davon abgesehen gingen die Folgen eines Öxit weit über Österreich hinaus, warnt Leitl: „In den USA gilt nach dem Wahlsieg von Donald Trump ‚America first‘, Präsident Erdogan will die Türkei zu einer regionalen Hegemonialmacht ausbauen, Präsident Putin Russland wieder stark machen. Und wir wollen Europa schwächen? Was wir jetzt brauchen, ist eine Stärkung Europas, ist die Weiterentwicklung der Europäischen Union, damit wir angesichts der Herausforderungen in der Welt wieder handlungsfähig sind und die Globalisierung mitgestalten können.“

„Selbst bei einer egoistischen und rein nationalen Sichtweise hat die EU Österreich eine phänomenale Rendite gebracht. Den Nettozahlungen von 0,4 Prozent des BIP steht ein langjähriger Wohlstandsgewinn von 7 Prozent, also des 19-fachen gegenüber. Anders gesagt: Ohne EU-Beitritt wären wir heute um 7 Prozent ärmer, wäre die österreichische Wirtschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Durchschnitt jedes Jahr um 0,5 Prozent weniger gewachsen, als dies der Fall war“, betont Professor Christian Keuschnigg vom WPZ. Der EU-Beitritt habe den innovativen Exportunternehmen leichteren Zugang zum großen EU-Binnenmarkt ermöglicht und ihr Wachstum gestärkt. Er habe den Wettbewerb belebt, die Preise reduziert und damit die reale Kaufkraft gestärkt. Und der ungehinderte Zugang zum Binnenmarkt hat Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen begünstigt, die sich seit 1995 fast verfünffacht haben. Keuschnigg: „Multinationale Unternehmen kommen nicht zu uns, weil Österreich so ein riesiger Markt wäre, sondern weil sie andere Standortvorteile nutzen und dann wieder in den EU-Markt und andere Märkte exportieren wollen.“ Für etwa 28 Prozent der Direktinvestitionen sei die EU-Mitgliedschaft ausschlaggebend.

Ausländische Töchter machen in Österreich nur 3,2 Prozent aller Unternehmen aus, stellen jedoch mit 566.000 Personen ein Fünftel der Beschäftigten, erwirtschaften ein Drittel (34,5 Prozent) der Umsatzerlöse und mehr als ein Viertel (26,2 Prozent) der Wertschöpfung.

Keuschnigg warnt vor negativen Konsequenzen

„Ein Öxit würde die Umkehrung all dessen bedeuten, was die EU Österreich gebracht hat“, warnt Keuschnigg, wobei das Ausmaß der negativen Konsequenzen je nach Szenario unterschiedlich stark ausfallen würde: Bei einem „hard Öxit“, also einer Zurückstufung Österreichs als EU-Drittland würde der Einkommensverluste langfristig, d.h. binnen etwa zehn Jahren, den gesamten Wohlstandsgewinn (7 Prozent des BIP) wieder zunichte gemacht werden, bei einer Kooperation etwa im Form eines Europäischen Wirtschaftsraumes würde sich der BIP-Verlust auf 1-2 Prozent des BIP belaufen. Klar sei aber: „Ein Öxit ist unweigerlich mit einem Austritt aus der Eurozone verbunden. Dann würden wir wieder das tun müssen, was wir vor dem Euro getan haben: Uns strikt an Deutschland orientieren und etwa die Geldpolitik anderer ‚passiv nachvollziehen‘. Wir hätten de facto nicht an Autonomie gewonnen, sondern verloren.“

Einig waren sich Leitl und Keuschnigg, dass die EU angesichts der bestehenden Herausforderungen und unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten weiterentwickelt werden müsse und Österreich sich hier für eine zukunftsorientierte Europastrategie einsetzen solle. So erfordere eine Währungsunion eine sehr viel tiefere Integration, weshalb die Eurozone den Kern der EU ausmachen und die Integration weiter vorantreiben müsse. Dem gegenüber sollte ein reformierter Europäischer Wirtschaftsraum für jene Mitgliedstaaten stehen, die nur eine wirtschaftliche Integration anstreben.

WKÖ-Präsident Leitl abschließend: „Wann, wenn nicht jetzt muss die Europäische Union sich weiterentwickeln, um den wirtschaftlichen wie politischen Herausforderungen – ob in der Globalisierung oder angesichts der vielen politischen Konflikte in der Welt – begegnen zu können.“

<http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2016/11/86384/>

Studie: EU bringt eine „phänomenale Rendite“

Von: [Herbert Vytiska](#) | [EurActiv.de](#)

16. Nov 2016 (aktualisiert: 16. Nov 2016)

Die EU bringt satte Renditen für jedes Mitglied, behauptet eine Studie aus Österreich.

Seit dem Brexit stellen sich immer mehr Menschen in Europa die Frage, ob ein EU-Austritt eine gangbare Option wäre. Nun belegt eine Studie aus Österreich die „Rendite“ einer EU-Mitgliedschaft – und zeigt, dass der Austritt einem Land Hunderttausende Arbeitsplätze kosten könnte.

Die Rechtspopulisten in Europa haben die EU ins Visier genommen, ohne sich dabei bewusst zu sein, welcher Schaden damit verbunden wäre. Eine österreichische Studie zeigt nun an Hand der Faktenlage auf, welche Vorteile die EU-Mitgliedschaft in der Praxis bringt und welche Nachteil zum Beispiel ein Öxit brächte.

61 Prozent der Österreicher bekennen sich zur EU und wären, sollte diese Frage gestellt werden, gegen einen EU-Austritt. Eigenartigerweise ist, so das Sora-Institut, die Stimmung in der Jugend kritischer: Ihre Bereitschaft für einen Öxit ist mit einer Zustimmungsrate von 28 Prozent deutlich stärker ausgeprägt ist als in anderen Ländern, etwa in Deutschland, wo nur 11 Prozent der jungen Menschen zurück zum Nationalstaat wollen. Der Präsident der Wirtschaftskammer, Christoph Leitl, sieht daher Handlungsbedarf: „Diese doch beträchtliche Austrittsbereitschaft darf man nicht verdrängen. Vielmehr muss man mit Fakten jene, die sich einen Austritt vorstellen können, zum Nachdenken bringen – und zwar vorher, nicht nachher wie in Großbritannien, wo die Wirtschaft nach dem Brexit-Votum nun in ein Tal der Tränen läuft.“

Vorteile der EU-Vollmitgliedschaft

Eine von der Wirtschaftskammer beim Wirtschaftspolitischen Zentrum in Auftrag gegebene Studie belegt nun schwarz auf weiß, die Vorteile, die die EU-Mitgliedschaft Österreich bringt. Der Forscher Christian Keuschnigg spricht von einer „phänomenalen Rendite“ und listet wichtige Plus-Punkte auf:

- Den Nettozahlungen von 0,4 Prozent des BIP steht ein langjähriger Wohlstandsgewinn von 7 Prozent, also des 19-fachen Wertes der Nettozahlungen gegenüber.
- Den innovativen Exportunternehmen wurde der leichtere Zugang zum großen EU-Binnenmarkt ermöglicht und somit das gesamtwirtschaftliche Wachstum gestärkt.
- Der ungehinderte Zugang zum Binnenmarkt hat Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen begünstigt, die sich seit 1995 fast verfünffacht haben.
- Ausländische Töchter machen in Österreich zwar nur 3,2 Prozent aller Unternehmen aus, stellen jedoch mit 566.000 Mitarbeitern ein Fünftel der Beschäftigten, erwirtschaften ein Drittel der Umsatzerlöse und mehr als ein Viertel der Wertschöpfung.
- Generell wurden durch den Beitritt zur EU der Wettbewerb nachhaltig belebt, die Preise reduziert und damit die reale Kaufkraft gestärkt.

Ein Öxit würde 150.000 Arbeitsplätze kosten

Ohne EU-Mitgliedschaft wäre Österreich heute gemessen am BIP um 7 Prozent ärmer. Bei einem EU-Austritt würden bis zu 150.000 Arbeitsplätze verloren gehen, bringt Leitl das Szenario eines Öxit auf den Punkt. Und für ihn ist daher auch die US-Wahl vor allem ein Weckruf: „In den USA gilt nach dem Wahlsieg von Donald Trump: „America first“. Präsident Erdogan will die Türkei zu einer regionalen Hegemonialmacht ausbauen. Präsident Putin Russland wieder stark machen. Und wir

wollen Europa schwächen? Was wir jetzt brauchen, ist eine Stärkung Europas, ist die Weiterentwicklung der Europäischen Union, damit wir angesichts der Herausforderungen in der Welt wieder handlungsfähig sind und die Globalisierung mitgestalten können.“

An der Weiterentwicklung der Europäischen Union führe daher realistischerweise kein Weg vorüber. Sie müsse den bestehenden Herausforderungen und unterschiedlichen Interessen der EU-Mitgliedstaaten Rechnung tragen, wobei sich Österreich für eine zukunftsorientierte Europastrategie einsetzen sollte. Das, so Keuschnigg, erfordere eine Währungsunion mit einer sehr viel tieferen Integration, weshalb die Eurozone den Kern der EU ausmachen und die Integration weiter vorantreiben müsse. Dem gegenüber sollte ein reformierter Europäischer Wirtschaftsraum für jene Mitgliedstaaten offen stehen, die nur eine wirtschaftliche Integration anstreben.

<http://www.euractiv.de/section/osterreich/news/studie-eu-bringt-eine-phaenomenale-rendite/>

Austria unwilling to copy Brexit as study reveals EU membership benefits

Posted: 16:00, 17/11/2016 by [newseurope](#)

EU doom-mongers predicted in the wake of the United Kingdom's Brexit vote that other countries would follow suit in the months and years to come. But one of the countries touted as a fellow 'exiter', Austria, looks likely to stay in the European club for now. EurActiv Germany reports.

Europe's right-wing populists have latched onto the European Union as an easy way to score points, using the bloc's policies and alleged shortcomings as a way of drumming up support, quite often ignoring the damage that comes with targeting it.

But now a new study carried out by Austrian social research institute SORA has shown the benefits of EU membership to the alpine republic and the potential chaos a so-called 'Öxit' (Österreich-exit) could cause for the country.

If Austrians were asked the question at the moment, then 61% would be opposed to leaving the EU. Interestingly, young Austrians are more anti-EU than in other countries, as 28% said that they would vote to leave. In Germany, that number is just 11%.

Chamber of Commerce President Christoph Leitl called for this finding not to be swept under the rug, but for "more facts" to be given to people in favour of leaving and for lessons to be learned from the aftermath of the UK's vote, "where the economy was led into a valley of tears".

The study, commissioned by the chamber, shows in black and white what advantages Austria reaps from its EU membership. Researcher Christian Keuschnigg spoke of a "phenomenal return" on the country's investment and listed several important positives.

Firstly, net payments of 0.4% of GDP are converted into long-term gains of 7%, nearly a 19 times increase of its investment.

Secondly, innovative companies looking to export have enjoyed strong economic growth because of the country's lucrative access to the internal market and unrestricted access has increased direct investment from multinational companies fivefold since 1995.

Foreign subsidiaries in Austria may only make up 3.2% of companies, but they employ 566,000 people, nearly a fifth of the country's workforce, account for a third of sales revenue and a quarter of all added value.

Generally, Austria's competitiveness was increased when it joined the bloc, prices have gone down and real purchasing power has gone up.

Without EU membership, the study estimated that Austria's GDP would be 7% lower today as a result. If it were to follow the UK in its way out the door, then up to 150,000 jobs would go with it.

For economic expert Christoph Leitl, the US election result should therefore act as a wake-up call: "In the US, Trump is all about "America first". Turkish President Erdoğan wants to turn Turkey into a hegemonic regional power. Putin wants to make Russia strong again. And we want to weaken Europe? What we need now is the opposite, to strengthen it, through a further development of the European Union, so that we are once again able to face the challenges of the world and to shape globalisation."

Researcher Keuschnigg insisted that this requires a monetary union with much deeper integration and for the eurozone to remain at the core of the bloc. He added that only member states that are open to more economic integration should be offered a place in a reformed European economic area.

<http://newseurope.eu/2016/11/17/austria-unwilling-copy-brexite-study-reveals-eu-membership-benefits/>

Wirtschaftskammer warnt vehement vor "Öxit"

Eine Analyse des Wirtschaftspolitischen Zentrums im Auftrag der Wirtschaftskammer warnt vor einem EU-Austritt Österreichs. WKO-Präsident fürchtet den Verlust von bis zu 150.000 Arbeitsplätzen.

Von Apa / 15.11.2016 - 15:31 Bei einem Öxit, also einem Austritt Österreichs aus der EU, sei mit Zöllen und Bürokratiekosten zu rechnen, die österreichische Unternehmen jetzt nicht hätten. Leitl warnte gleichzeitig vor dem Verlust von 150.000 Jobs bei einem Öxit. Seit dem EU-Beitritt haben die österreichischen Gesamtexporte real um 153,8 Prozent zugenommen, jene in die EU um 124 Prozent, sagte Keuschnigg am Dienstag, als er seine von der Wirtschaftskammer (WKÖ) beauftragte Analyse präsentierte.

"Österreich könnte bei einem EU-Austritt bis zu 150.000 Arbeitsplätze verlieren. Ein Öxit wäre ein schwerer Rückschlag für den Standort, er würde zu geringeren Lohnsteigerungen führen", warnte Leitl. Ein Öxit hingegen würde die positiven bisherigen Wachstumseffekte für Österreich wieder umkehren und langfristig zu einem BIP-Verlust von mehr als 7 Prozent führen - also in etwa jener Summe, die Keuschnigg als bisher positiven Effekt der Mitgliedschaft in Höhe von plus 7,2 Prozent errechnet hat. Dem Verlust stehe ein Maximum an möglichen Einsparungen in Höhe der Nettobeiträge Wiens an Brüssel von weniger als 0,4 Prozent des BIP gegenüber.

Die Direktinvestitionen ausländischer Konzerne in Österreich und österreichischer Firmen in der EU haben der Analyse zufolge stark zugenommen. Mit 566.000 Beschäftigten stellen ausländische Unternehmen in Österreich - Leitl hob etwa Siemens und Infineon hervor - ein Fünftel der Beschäftigten, ein Drittel der Umsatzerlöse und rund ein Viertel der Wertschöpfung. Dazu komme die Hälfte der industriellen F&E-Tätigkeiten von Töchtern internationaler Konzerne in Österreich.

Vor allem hob Keuschnigg die dynamischen Effekte hervor. Die EU-Integration lasse nämlich die heimischen Exportunternehmen - von denen es in Österreich ob des kleinen Binnenmarkts besonders viele gebe - expandieren. Die Spezialprodukte vieler Hidden Champions ließen sich hierzulande oft gar nicht anbringen. Auch steigere die EU-Integration die Standortattraktivität Österreichs für Direktinvestitionen.

Statistische Effekte aus dem Zugang zum Binnenmarkt bezifferte Keuschnigg mit rund zwei Prozent des BIP - das Fünffache der Nettobeiträge an die EU. Dies dank regulatorischer Harmonisierungen, die Kosteneinsparungen im Handel ermöglichten und die Exporte und die einhergehende Wertschöpfung steigerten. Umgekehrt führten Einsparungen bei Importen zu Preissenkungen und würden die Realeinkommen stärken. Das bringe wieder zusätzliche Nachfrage. Da der beiderseitige Marktzugang dank der Mitgliedschaft leichter sei, verschärfe sich der Wettbewerb, was die genannten Effekte wieder verstärke.

Die EU-Personenfreizügigkeit Sorge wiederum für qualifizierte Zuwanderung sowohl aus den alten als auch aus den neuen EU-Staaten im Osten, so Keuschnigg. Die Quoten an Zuwanderern mit Sekundar- und Tertiärabschluss liege über dem Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung.

Leitl gab Öxit-Befürwortern auch zu bedenken, dass ein Austritt Österreichs aus der EU keine Antwort auf die weltweiten Entwicklungen sein könne. Dabei verwies er auf die regionalen Hegemonialmacht-Bestrebungen der Türkei aber auch auf die USA ("America First") und Russland, das Präsident Wladimir Putin stark machen wolle. Daher brauche Österreich die EU, um sich in der Globalisierung behaupten zu können - und die EU gehöre gestärkt. Sonst würde man sich selbst schwächen.

Besorgt zeigte sich der WKÖ-Präsident weil laut einer weiteren Studie (ORF/Sora) 28 Prozent der jüngeren Österreicher aus der EU austreten wollten. Die Politik setze sich immer auf Themen, die es in der Bevölkerung gebe. Daher will Leitl lieber mit den Austrittswilligen in Kontakt treten, um sie von der Union zu überzeugen, als eine Wahlempfehlung abzugeben.

Es gehe um eine Weiterentwicklung Europas, so Leitl. Damit argumentierte auch Keuschnigg: "Außerhalb der EU hat man weniger Einfluss als innerhalb. Das ist kein Gewinn von Autonomie - im Gegenteil", so der Ökonom. "Die Mitgliedschaft ist extrem wichtig für die Entwicklung der heimischen Wirtschaft", so der Ökonom mit Verweis auf die vielen Hidden Champions im Land die höchste Exportraten haben.

Ein Sukkus der WPZ-Analyse des früheren IHS-Chefs ist, dass man bei einem EU-Austritt schlicht nicht mehr mitbestimmen könne. Vor allem würde ein Öxit aber einen Umkehr der vielen Vorteile bedeuten, die Österreich dank der Mitgliedschaft habe, warnte Keuschnigg. Ein Öxit bedeute auch einen Austritt aus der Eurozone. Dem Euro als Leitwährung würde sich Österreich aber erst wieder indirekt anschließen müssen. "Dann würde man die Geldpolitik einfach passiv nachvollziehen."

Der langfristige Einkommensgewinn dürfte der Studie zufolge jedenfalls sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Dem gegenüber stehen Nettobeitragszahlungen von knapp 0,4 Prozent, so Keuschnigg. Ein Austritt sei mit Kosten verbunden, denn die Teilnahme am Binnenmarkt würde man - wie etwa die Schweiz oder Norwegen - nicht gratis bekommen.

<http://www.salzburg.com/nachrichten/oesterreich/wirtschaft/sn/artikel/wirtschaftskammer-warnt-vehement-vor-oexit-222243/>

Studie: „Öxit kostet 150.000 Jobs, Einsparung geringer als Verluste“

WKÖ-Präsident Christoph Leitl warnt vor schwerem Rückschlag für Standort Österreich, sollte es zu einem EU-Austritt kommen.

Wien – Der Direktor des Wirtschaftspolistischen Zentrums (WPZ) an der Universität in Basel, Christian Keuschnigg verwies heute auf Basis seiner WPZ-Analyse, die einen Öxit (EU-Austritt Österreichs) als ökonomisch höchst gefährlich einstuft, auf den Abbau von Handelsbarrieren, den die EU-Mitgliedschaft gebracht habe. Bei einem Öxit sei mit Zöllen und Bürokratiekosten zu rechnen, die österreichische Unternehmen jetzt nicht hätten. Präsident Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) warnte gleichzeitig vor dem Verlust von 150.000 Jobs bei einem Öxit.

Seit dem EU-Beitritt haben die österreichischen Gesamtexporte real um 153,8 Prozent zugenommen, jene in die EU um 124 Prozent, sagte Keuschnigg am Dienstag vor Journalisten in Wien, als er seine von der WKÖ beauftragte Analyse präsentierte. „Österreich könnte bei einem EU-Austritt bis zu 150.000 Arbeitsplätze verlieren. Ein Öxit wäre ein schwerer Rückschlag für den Standort, er würde zu geringeren Lohnsteigerungen führen“, warnte Leitl.

„Öxit würde Wachstumseffekte umkehren“

Ein Öxit hingegen würde die positiven bisherigen Wachstumseffekte für Österreich wieder umkehren und langfristig zu einem BIP-Verlust von mehr als sieben Prozent führen - also in etwa jener Summe, die Keuschnigg als bisher positiven Effekt der Mitgliedschaft in Höhe von plus 7,2 Prozent errechnet hat. Dem Verlust stehe ein Maximum an möglichen Einsparungen in Höhe der Nettobeiträge Wiens an Brüssel von weniger als 0,4 Prozent des BIP gegenüber.

Die Direktinvestitionen ausländischer Konzerne in Österreich und österreichischer Firmen in der EU haben der Analyse zufolge stark zugenommen. Mit 566.000 Beschäftigten stellen ausländische Unternehmen in Österreich - so hob Leitl etwa Siemens und Infineon hervor - ein Fünftel der Beschäftigten, ein Drittel der Umsatzerlöse und rund ein Viertel der Wertschöpfung. Dazu komme die Hälfte der industriellen F&E-Tätigkeiten (Forschung und Entwicklung von Töchtern internationaler Konzerne in Österreich).

Vor allem auch die dynamischen Effekte hob Keuschnigg hervor. Die EU-Integration lasse nämlich die heimischen Exportunternehmen - von denen es in Österreich ob des kleinen Binnenmarkts besonders viele gebe - expandieren. Die Spezialprodukte vieler „Hidden Champions“ ließen sich hierzulande oft gar nicht anbringen. Auch steigere die EU-Integration die Standortattraktivität Österreichs für Direktinvestitionen.

„Öxit keine Antwort auf weltweite Entwicklungen“

Statistische Effekte aus dem Zugang zum Binnenmarkt bezifferte Keuschnigg mit rund zwei Prozent des BIP - das Fünffache der Nettobeiträge an die EU. Dies dank regulatorischer Harmonisierungen, die Kosteneinsparungen im Handel ermöglichten und die Exporte und die einhergehende Wertschöpfung steigerten. Umgekehrt führten Einsparungen bei Importen zu Preissenkungen und würden die Realeinkommen stärken. Das bringe wieder zusätzliche Nachfrage.

Da der beiderseitige Marktzugang dank der Mitgliedschaft leichter sei, verschärfe sich der Wettbewerb, was die genannten Effekte wieder verstärke.

Die EU-Personenfreizügigkeit Sorge wiederum für qualifizierte Zuwanderung sowohl aus den alten als auch aus den neuen EU-Staaten im Osten, so Keuschnigg. Die Quoten an Zuwanderern mit Sekundar- und Tertiärabschluss liege über dem Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung.

Leitl gab Öxit-Befürwortern auch zu bedenken, dass ein Austritt Österreichs aus der EU keine Antwort auf die weltweiten Entwicklungen sein könne. Dabei verwies er auf die regionalen Hegemonialmacht-Bestrebungen der Türkei aber auch auf die USA („America First“) und Russland, das Präsident Wladimir Putin stark machen wolle. Daher brauche Österreich die EU, um sich in der Globalisierung behaupten zu können - und die EU gehöre gestärkt. Sonst würde man sich selbst schwächen. (APA)

<http://www.tt.com/wirtschaft/wirtschaftspolitik/12263966-91/studie-%C3%B6xit-kostet-150.000-jobs-einsparung-geringer-als-verluste.csp>